

# worps<sup>^</sup>wede die gemeinde

**Der Bürgermeister**

## Protokoll

über die Sitzung des Rates der Gemeinde Worpswede  
der Gemeinde Worpswede  
am Donnerstag, 19. Dezember 2024  
im Rathaus, Bauernreihe 1, 27726 Worpswede (Ratsdiel)  
( Sitzung - 18/10. Wahlperiode )  
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:01 Uhr

**Es waren anwesend:**

**Ratsvorsitzender:**

Herr Frank Bohling

**Ratsmitglieder:**

Herr Tim Behrmann  
Herr Marcus Beyer  
Herr Stefan Böttjer  
Frau Eva Bunn  
Herr Thomas Conrad  
Frau Anette Faouzi  
Herr Michael Haar  
Frau Dr. Almut Helvogt  
Frau Anke Kämna  
Herr Bernhard Kaufmann  
Herr Dr. André Meier  
Herr Heiko Pankoke  
Herr Bernd Rugen  
Herr Johannes Scholz  
Herr Jonas Schwenke  
Herr Bürgermeister Stefan Schwenke  
Herr Jochen Semken  
Herr Roman Stelljes  
Frau Kristina Teege  
Herr Andreas Uphoff  
Frau Susanne Weichberger  
Frau Gesa Wetegrove

**worps<sup>^</sup>wede**  
die gemeinde

**Der Bürgermeister**

**Entschuldigt fehlte:**

Frau Katharina Haar  
Herr Michael Rath  
Herr Werner Schlüter

**Von der Verwaltung:**

Herr Michael Blechmann  
Frau Katrin Kehlert  
Frau Kathrin Lilienthal gleichzeitig als Protokollführerin

**Gleichstellungsbeauftragte:**

Frau Heike Grotheer

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

Ratsvors. Bohling stellte die ordnungsgemäße Ladung der Ratsmitglieder fest und begrüßte alle Anwesenden. Entschuldigt fehlten Frau Katharina Haar und Herr Werner Schlüter, sodass 23 Ratsmitglieder anwesend seien.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Zunächst gab Ratsvors. Bohling den Hinweis, dass der Tagesordnungspunkt 12 Verkehrsberuhigung in der Bergstraße, hier: Beratung über mögliche Alternativen, nach einem Beschluss des Verwaltungsausschusses, von der Tagesordnung genommen wurde. Hier solle im nächsten Quartal eine Anliegersammlung stattfinden.

Stellv. Bgm. Pankoke beantragte, den Tagesordnungspunkt 15, Fremdenverkehrsbeitrag/Tourismusbeitrag; Beschlussfassung zum Antrag über die Weiterführung des Beitrages oder Beschlussfassung über eine Aufhebungssatzung, von der Tagesordnung zu nehmen. Er erklärte, dass man über genau diese Beschlussvorlage bereits am 01.10. 2024 abgestimmt und mit 12 zu 9 Stimmen abgelehnt habe. Nach der Geschäftsordnung § 5 Absatz 4 dürfe man erst nach 6. Monaten oder wenn der Verwaltungsausschuss einen entsprechenden Beschluss gefasst habe, erneut darüber abstimmen. Beides sei nicht gegeben. Der Hinweis, dass eine Satzung nur durch einen Satzungsbeschluss aufgehoben werden könne, sei wichtig.

Die Aufhebungssatzung könne auch aus dem Ratsbeschluss heraus abgeleitet werden und müsse nicht erneut dem Rat vorgegeben werden.

Gleichzeitig weise er noch einmal darauf hin, dass seine Fraktion die Fremdenverkehrsabgabe nicht gänzlich ablehne, wie einem Antrag aus 2020, entnommen werden kann.

Die CDU-Fraktion würde lieber eine Überarbeitung der Fremdenverkehrsabgabe, wie es 2020 gefordert wurde, mit allen Fraktionen noch einmal durchgehen, da sich viele Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten in der jetzigen Fassung befinden.

Er appellierte, dieses noch einmal mit der Verwaltung und allen Fraktionen zu überarbeiten und in der nächstmöglichen Ratssitzung darüber abzustimmen. Es sei keine Eile geboten, denn für das jetzige Jahr sei noch alles gegeben.

Bgm. Schwenke erklärte, dass ein Antrag der SPD, Die Grünen/Gruppe die Linke und der Fraktion Die Worpssweder gestellt wurde, der bearbeitet und im VA beraten wurde. Eine Beratung im Rat sei somit zulässig und der Rat könne hierzu abstimmen.

## Der Bürgermeister

**Ratsvors. Bohling** ließ sodann über den Antrag, den Tagesordnungspunkt 15 von der Tagesordnung zu nehmen, wie folgt abstimmen:

Fraktion/Gruppe	Mitglieder		Ja	Nein	Enthaltung
	Insgesamt	anwesend			
SPD-Fraktion	5	5		5	
UWG-Fraktion	5	4	4		
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5		5	
CDU/FDP-Gruppe	7	6	6		
Die Worpsweder	2	2		2	
Bürgermeister Schwenke	1	1		1	
	25	23	10	13	

**AE: 10 Ja-Stimm(en), 13 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

Im Anschluss ließ **Ratsvors. Bohling** über die Tagesordnung abstimmen.

Fraktion/Gruppe	Mitglieder		Ja	Nein	Enthaltung
	Insgesamt	anwesend			
SPD-Fraktion	5	5	5		
UWG-Fraktion	5	4	4		
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	5		
CDU/FDP-Gruppe	7	6		6	
Die Worpsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	17	6	

**AE: 17 Ja-Stimm(en), 6 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

### 3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Gemeinde Worpswede vom 01.10.2024 (17. Sitzung der 10. Wahlperiode)

**Bgm. Schwenke** informierte, dass er vom **stellv. Bgm. Pankoke** darüber informiert wurde, dass im Protokoll der Ratssitzung vom 01.10.2024 die Abstimmungsergebnisse zum Tagesordnungspunkt 7 „Neufassung/ Aktualisierung der Tourismusbeitragssatzung der Gemeinde Worpswede zum 01.01.2025“ nicht korrekt wiedergegeben wurden. Die Abstimmungsergebnisse wurden jetzt geändert und liegen jedem Ratsmitglied als Tischvorlage vor.

**Ratsfr. Faouzi** beantragte, dass das Ratsprotokoll vom 01.10.2024, zur Überarbeitung, aus dem Netz genommen werden solle. Zur Begründung gab sie an, dass zum Gästebeitrag ein Antrag gestellt wurde, welcher über die Höhe des Gästebeitrages entscheide, wenn der Fremdenverkehrsbeitrag bestehen bleibe. Im Protokoll sei dies aber nicht vermerkt. Weiterhin sei es problematisch, da der Gästebeitrag schon mit 2,40 € schon auf der Homepage der Gemeinde beworben würde.

**Beig. Dr. Helvogt** erinnerte sich, dass über den Gästebeitrag ohne weitere Bedingungen abgestimmt wurde. Eine Klärung könne jedoch über die Tonaufnahmen herbeigeführt werden.

**Beig. Semken** sei sich nicht sicher, ob er es als Antrag formuliert habe, dass er dem Gästebeitrag in Höhe von 2,40 € nicht zustimme, wenn der Fremdenverkehrsbeitrag bestehen bleibe.

**Bgm. Schwenke** erklärte, dass der Einwand vom **Beig. Semken** formuliert wurde, jedoch kein Antrag gestellt und somit nicht zur Abstimmung gestellt wurde.

## Der Bürgermeister

Beig. Dr. Helvogt erklärte, dass es den Antrag von Ratsfr. Faouzi gebe und über die Überarbeitung des Protokolls abstimmen sollte.

**Somit ließ Ratsvors. Bohling über den Antrag, Überarbeitung des Ratsprotokolls vom 01.10.2024, abstimmen.**

Fraktion/Gruppe	Mitglieder Insgesamt/anwesend		Ja	Nein	Enthaltung
SPD-Fraktion	5	5		5	
UWG-Fraktion	5	4	4		
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	4		1
CDU/FDP-Gruppe	7	6	6		
Die Worpsweder	2	2			2
Bürgermeister Schwenke	1	1		1	
	25	23	14	6	3

**AE: 14 Ja-Stimm(en), 6 Nein-Stimm(en), 3 Enthaltung(en)**

#### 4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Verwaltung und wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bgm. Schwenke berichtete über folgende Angelegenheiten aus der Gemeinde.

##### 1. Besichtigung der DRK-Kita in Wallhöfen

Das DRK lädt für den 22.01.2025 herzlich ein, die Kita in Wallhöfen zu besichtigen.

Treffpunkt ist um 17.00 Uhr im Rathaus, es wird ein Fahrservice vom DRK angeboten.

Um Anmeldung wird bis zum 17.01. bei Herrn Blechmann gebeten.

##### 2. Fahrdienst zur Tafel

An den Ausgabtagen der Tafel ist ein privater Fahrdienst für die Tafelnutzer aus Worpswede organisiert.

Durchgeführt wird dieser Fahrdienst mit einem Fahrzeug der Gemeinde (Bunte Kuh).

Diesem Fahrdienst sind nun mindestens drei FahrerInnen abgesprungen, so dass nun dringend neue FahrerInnen gesucht werden. Interessenten melden sich bitte bei der Gemeindeverwaltung, Ingo Kranz unter der Telefonnummer 312-34.

#### 5. Unterbrechung der Sitzung für eine Einwohnerfragestunde; anschließend Fortsetzung der Sitzung

##### 1. Hallenbad

Ein Bürger erfragte, ob es für die 6 Mio. Fördermittel für das Hallenbad Worpswede eine Verlängerung in Aussicht gestellt werde.

Bgm. Schwenke erwiderte, dass er dies gerne in dem dafür vorgesehenen Tagesordnungspunkt klären möchte.

**Der Bürgermeister**

Ein Bürger erfragte, ob den Ratsmitgliedern die Änderung des Protokolls der letzten Sitzung der AG Hallenbad mitgeteilt wurde.

Ratsvors. Bohling antwortete, dass dies seines Wissens nicht geschehen sei.

Ein Bürger erfragte, ob die 495.000,00 € in die Sanierung des Hallenbades einfließen können.

VA Kehlert informierte, dass es sich hier um Haushaltsreste handelt, die auch für größere Reparaturen genutzt werden können.

Eine Bürgerin erklärte, dass sie mit Frau Ochmann über eine Förderung von 300.000,00 € der „Aktion Mensch“ gesprochen habe. Auch habe sie Unterlagen zugesendet. Nun möchte die Bürgerin über den Sachstand informiert werden.

\*Anmerkung der Verwaltung: Kommunen sind nicht förderberechtigt\*

Bgm. Schwenke antwortete, dass er zum aktuellen Stand nichts sagen könne, dies aber in Erfahrung bringen würde.

**2. Bergstraße**

Ein Anlieger aus der Bergstraße erfragte, wie die zukünftige Be- und Entladung von Waren in der Bergstraße stattfinden solle, da vor seinem Haus nicht geparkt werden dürfe.

Bgm. Schwenke informierte, dass der Bereich zur Bergstraße gehöre und auch dann entsprechend überwachungsfähig sei und somit justiziabel. Be- und Entladen sei möglich, aber nicht parken.

**3. Beleuchtung Osterweder Straße**

Eine Bürgerin erfragte, wie es mit der Beleuchtung in der *Osterweder Straße* aussehe.

Bgm. Schwenke gab bekannt, dass ein Dauerauftrag zur Reparatur erteilt wurde. Aus verschiedenen Gründen seien Beschädigungen entstanden. Die Umrüstung auf LED habe Probleme verursacht, genauso der Glasfaserausbau. Auch könne man das Alter der Kabel nicht außer Acht lassen. Es wird mit Hochdruck an der defekten Beleuchtung gearbeitet.

**4. Im Rusch „Böttjerscher Hof“**

Eine Bürgerin sprach über eine Zusammenkunft in der Ratsdiele am 23.10.2024, bei der die Wasserprobleme in dem Neubaugebiet Thema waren. Laut Protokoll sollte in dieser Ratssitzung darauf eingegangen werden, nur leider könne man das Thema nicht auf der Tagesordnung finden. Auch wurde die Korrektur des bemängelten Protokolls noch nicht an die Teilnehmer der Zusammenkunft verteilt. Sie sprach an, dass die Oberflächenentwässerung nicht nur ein privates Problem wäre, da von umliegenden Grundstücken das Regenwasser auf Ihre Grundstücke laufen würde, was man gut in dem Internetportal „[geoportal.de](http://geoportal.de)“ nachvollziehen könne.

Bgm. Schwenke erklärte, dass dieses Grundstück privat erschlossen und bebaut wurde. Es wurde eine Bauleitplanung und ein Bauleitplanverfahren aufgestellt, welches intensiv begleitet wurde, auch von der unteren Wasserbehörde des Landkreises. Es wurden viele Forderungen zur Oberflächenentwässerung gestellt, viele Entwässerungsmulden gefordert, die nur teilweise vom Investor, dem Vertragspartner, umgesetzt wurden. Man habe gemeinsam darüber gesprochen, dass wenn Einigkeit für eine Überprüfung bestehe und auch der Wunsch neue Planunterlagen erstellen zu lassen, um Lösungen für die jetzige Situation zu finden, die Gemeinde Worpswede sich an einem solchen Plan beteiligen werde.

**Der Bürgermeister**

- 6.** Berufung von nicht dem Rat angehörenden Mitgliedern des Ausschusses für das Schulwesen  
24/93

**Ratsvors. Bohling ließ ohne Aussprache über den Tagesordnungspunkt 6 abstimmen.**

- 1. Frau Katrin Lange und Frau Julia Heinemann werden aus dem Ausschuss für das Schulwesen der Gemeinde Worpswede abberufen**
- 2. Frau Anette Bode wird als Lehrervertreterin in den Ausschuss für das Schulwesen der Gemeinde Worpswede berufen**
- 3. Frau Evangelia Ercin wird als stellvertretende Elternvertreterin in den Ausschuss für das Schulwesen der Gemeinde Worpswede berufen**

**AE: 23 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

- 7.** Besetzung der politischen Gremien  
hier: Umbesetzungen durch die Gruppe 'Bündnis 90/Die Grünen / DIE LINKE'  
24/129

Beig. Dr. Helvogt informierte kurz über die Umbesetzung, die aus persönlichen Gründen ergeben habe.

**Sodann ließ Ratsvors. Bohling über den Tagesordnungspunkt abstimmen.**

**Die Umbesetzungen im *Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Gebäude und Liegenschaften* und im *Kuratorium der DRK-Kindertagesstätten* werden durch Beschluss festgestellt.**

**AE: 23 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

- 8.** Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2022  
24/55

VA Kehlert berichtete, dass die Einnahmensituation im Jahr 2022 deutlich besser gewesen sei und man statt des geplanten Fehlbetrages ein positives Ergebnis in Höhe von 602.378,00 € verzeichnen konnte.

Das hieße, dass am Ende des Berichtsjahres einen Gesamtfehlbetrag von 2.904.555,21 € vorläge. Das gute Ergebnis resultiere auch aus Bedarfszuweisungen die man in dem Jahr erhalten habe, was immer zu einem besseren Jahresabschluss führe.

Ratsh. Dr. Meier erfragte, welche Plangenaugigkeit die Verwaltung für die nächsten Jahre anlegen werde.

**Der Bürgermeister**

VA Kehlert informierte, dass man versuche die Ansätze so genau wie möglich zu planen. Projekte werden geplant, die dann in den Haushalt eingebracht, jedoch aufgrund von Personalmangel usw. doch nicht ausführt werden können. Das hieße, man nehme für das Jahr keine Kredite auf, was bedeute, man zahle keine Zinsen, verursache keine Kreditkosten und es fallen keine Abschreibungen an. Bedarfszuweisungen dürfen gar nicht in den Haushalt einfließen, weil man nicht wisse, ob die genehmigt werden

**Ratsvors. Bohling ließ wie folgt über den Tagesordnungspunkt 8 abstimmen:**

1. **Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022 wird beschlossen.**

**AE: 23 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

**Für die folgende Abstimmung verließ Bgm. Schwenke den Sitzungstisch.**

2. **Dem Bürgermeister wird gemäß § 129 NKomVG die Entlastung erteilt.**

**AE: 22 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

9. Hallenbad Worpswede  
Veröffentlichung der Ausschreibung Generalplanung

24/113

Bgm. Schwenke berichtete, dass er auf die Anfrage, nach Verlängerung des Programms „SJK 2022“, folgende Antwort erhalten habe:

„Vielen Dank für Ihre E-Mail. In der Besprechung am 2. Oktober, hatte das BMWSB zugesagt, sich für eine Verlängerung der Fälligkeiten der Verpflichtungsermächtigung für das Projekt in Worpswede um ein Jahr bis Ende 2028 im Rahmen des zu diesem Zeitpunkt laufenden Prozesses zur Abstimmung der sogenannten Bereinigungsvorlage zum Bundeshaushalt 2025 einzusetzen.

Hierüber und über weitere Mittelverschiebungen im Bundesprogramm SJK konnte im Oktober auch eine Einigung mit dem Bundesministerium der Finanzen erzielt werden. Zu einem Beschluss des Deutschen Bundestages über den Bundeshaushalt 2025 kam es nach dem Bruch der Koalition am 6. November 2024 bekanntlich nicht mehr. Das BMWSB, wird die Verlängerung daher nach der Bundestagswahl im Rahmen der Aufstellung des zweiten Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2025 erneut einbringen.

Der Staatssekretär Bartol hat auf eine parallele Anfrage von Herrn Mattfeldt entsprechend geantwortet und vorgeschlagen, Anfang des kommenden Jahres über einen weiteren Austausch zu den anstehenden Schritten zusammenzukommen. Leider ist die Situation derzeit nicht befriedigend und das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Die Planung des Hallenbades muss europaweit ausgeschrieben werden und es gebe einige Fristen, die die Planung in die Länge ziehen. Gerade deshalb ist eine Generalplanung unaufschiebbar.

Beig. Dr. Helvogt erklärte, dass wenn man jetzt nicht in die Planung einsteige, das Hallenbad begraben könne. Ihre Gruppe sei zuversichtlich, dass man die Zusage für die Verlängerung bekomme. Auch finde sie die Unterstützung, die man der DLRG damit entgegenbringe, sehr wichtig.

# worps<sup>^</sup>wede die gemeinde

## Der Bürgermeister

Beig. Semken war der Auffassung, dass man aktuell den Mut haben müsse, den Beschluss zu fassen eine Generalplanung auszuschreiben. Es gehe hier um eine grundlegende Planung und nicht um Details. Selbst wenn man die 6 Mio. Euro Förderung nicht bekomme, gebe es vielleicht in 5 Jahren einen anderen Fördertopf und man habe dann die Planung auf dem Tisch. Er wies darauf hin, vielleicht in der ersten Januarhälfte den Kontakt zu den Staatssekretären zu suchen und äußerte den Wunsch, dass alle zeitnah eine Information bekommen, wie der aktuelle Stand sei.

Ratsh. Rugen schloss sich seinen Vorrednern an. Alle reden davon, dass dringend Schwimmförderung gebraucht werde, was jedoch weder Land noch Bund fördern möchte. Keine Kommune könne es sich leisten ein Schwimmbad zu bauen.

Beig. Uphoff erklärte, dass es seine Fraktion anders sehe. Es stehe völlig außer Frage, dass alle ein neues Hallenbad haben wollen und er gehe auch davon aus, dass die 6 Mio. Euro Förderung bereitgestellt werden. Aber natürlich nur unter der Bedingung, dass man bis Ende 2028 das Hallenbad fertigstelle und man rechtzeitig eine Gesamtfinanzierung darstellen könne, was derzeit in keiner Weise erkennbar sei. Man setze eine halbe Million in den Sand. Trotzdem kämpfe man weiterhin um ein neues Hallenbad. Aber jetzt eine Planung zu machen für ein Bad, was im Moment für die Gemeinde nicht absehbar sei, dass man es bauen könne, das halte seine Fraktion für falsch.

Stellv. Bgm. Pankoke erklärte, dass seine Fraktion für die Planung abstimmen werde. Man denke jedoch an ein vernünftiges Bad, was die Kommunalaufsicht auch mittragen werde. Halte man weiterhin an einem großen Bad fest, was die Kommunalaufsicht uns versagt hat, werde man das nicht hinbekommen. Man sollte, wenn man in die Planungsleistung einsteige, gleichzeitig auch, so wie es auch der Bundestagsabgeordnete gesagt habe, mit der Kommunalaufsicht reden, was diese mittrage und was nicht.

Aufgrund der finanziellen Lage werde es nie wieder einen Fördertopf geben, da die finanzielle Lage in Deutschland auch nicht besser werde. Man müsse alle Optionen ausschöpfen und alle Kommunikationswege nutzen.

Ratsfr. Bunn sei für die Planung, da jedes Kind die Möglichkeit haben solle, schwimmen zu lernen. In Hallen- und Freibädern häufen sich Unfälle mit Nichtschwimmern, sodass Kinder- und Jugendliche nur noch in Begleitung eines Erziehungsberechtigten oder mit Vorlage eines Schwimmausweises diese besuchen können. Ihrer Meinung nach sei die Planung so dimensioniert, dass sie auch drei oder vier Jahre überstehen werde und dann nicht veraltet sei.

Ratsfr. Weichberger erinnerte, dass mit der Schließung des Hallenbades auch ein Stück Dorfgeschichte sterbe.

Ratsh. Behrmann sprach sich für die Planung aus, denn auch die 500.000 €, die man jetzt in die Planung stecken würde, könne bei einem größeren Reparaturschaden auch nicht ausreichen und man müsse das Hallenbad auch schließen.

Beig. Uphoff gab zu bedenken, dass die DLRG ein Standardbad fordere, was gerechtfertigt sei, uns aber die Kommunalaufsicht nicht genehmigen werde.

Ratsh. Böttjer erinnerte, dass die DLRG auch den Hammestrand im Sommer überwachen. Er bekräftigte, dass man das neue Bad so ausstatten müsse, dass die Ausbildung auch dort stattfinden könne. Man brauche auch nicht mit den anderen Kommunen zu sprechen, weil diese keine Mittel haben, um uns zu unterstützen.

**Ratsvors. Bohling ließ wie folgt abstimmen:**

**Die auf dem Konto 42401/0960001/21200 verfügbaren Restmittel in Höhe von knapp 495.000 € (Stand 11.11.2024) sollen für**

**die Ausschreibung der Generalplanungsleistung Leistungsphase 1-3 eingesetzt werden.**

Fraktion/Gruppe	Mitglieder Insgesamt/anwesend		Ja	Nein	Enthaltung
SPD-Fraktion	5	5	1	4	
UWG-Fraktion	5	4	4		
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	5		
CDU/FDP-Gruppe	7	6	6		
Die Worpsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	19	4	

**AE: 19 Ja-Stimm(en), 4 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

**10. Haushalt 2025**

hier: Antrag der Worpsweder Touristik GmbH (WTG) auf Erhöhung der Zuweisung der Gemeinde Worpswede

24/100

Bgm. Schwenke erläuterte hierzu kurz, dass er diesen Schritt für notwendig erachte, um die Mitarbeiter/innen zu halten und Ihre tolle Arbeit zu würdigen.

Bei diesem Tagesordnungspunkt waren sich alle Ratsmitglieder einig, dass die WTG hervorragende Arbeit leiste und auch in Zukunft noch einige Herausforderungen meistern werde und stimmten wie folgt ab:

Bgm. Schwenke, zugleich Geschäftsführer der WTG, nahm nicht an der Abstimmung teil.

**Die Zuweisung an die Worpsweder Touristik- und Kulturmarketing GmbH wird ab dem Jahr 2025 um 70.000 €/Jahr auf 208.500 €/Jahr angehoben.**

**AE: 22 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

**11. Gebäude der ehemaligen Haupt- und Realschule**

hier: Nutzung der Räumlichkeiten über dem Kindergarten des SOS-Kinderdorfes durch die Gemeindeverwaltung

24/118

Beig. Dr. Helvogt gab bekannt, dass sie eine verbesserte Stromversorgung im Gebäude sehr sinnvoll finde, jedoch plädiere sie dafür, dass die Verwendung der Räumlichkeiten noch diskutiert werden müsse.

# worpswede die gemeinde

## Der Bürgermeister

Nach einer kurzen Erläuterung ließ Ratsvors. Bohling über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

1. Die Sitzungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Raumkonzept für die Nutzung der Räumlichkeiten oberhalb der Kindertagesstätte des SOS-Kinderdorfes in der ehem. Haupt- und Realschule gemäß des vorgestellten Raumbedarfes zu entwickeln und dieses Konzept im nächsten Sitzungslauf vorzustellen.
3. Weiter sollen die Kosten für die dargestellten Maßnahmen konkretisiert werden.

Fraktion/Gruppe	Mitglieder		Ja	Nein	Enthaltung
	Insgesamt	anwesend			
SPD-Fraktion	5	5	5		
UWG-Fraktion	5	4	4		
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5			5
CDU/FDP-Gruppe	7	6	6		
Die Worpsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	18		5

**AE: 18 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 5 Enthaltung(en)**

- 12.** Neubeschaffung von vier Geschwindigkeitsmesstafeln für die Ortseingänge der Ortschaft Worpswede

24/119

Nachdem alle Unstimmigkeiten ausgeräumt waren, ließ Ratsv. Bohling über den Tagesordnungspunkt wie folgt abstimmen.

Der Neuanschaffung von insgesamt vier Geschwindigkeitsmesstafeln für alle Ortschaften innerhalb der Gemeinde Worpswede wird zugestimmt. Beschafft werden sollen die Geräte der Firma Wave-tec.

Fraktion/Gruppe	Mitglieder		Ja	Nein	Enthaltung
	Insgesamt	anwesend			
SPD-Fraktion	5	5	5		
UWG-Fraktion	5	4	4		
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	5		
CDU/FDP-Gruppe	7	6	4	2	
Die Worpsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	21	2	

**AE: 21 Ja-Stimm(en), 2 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

**13. Forderungen der "Hüttenbuscher Verkehrsinitiative" zur Verkehrsberuhigung in der Straße "Am Bahnhof"**

24/115

Ratsh. Böttjer gab zu bedenken, dass in der Straße nicht sonderlich viele Fahrzeuge und diese auch nicht übermäßig schnell unterwegs seien, sodass er Piktogramme auf dem Straßenbelag als ausreichend ansehe.

Beig. Uphoff machte den Vorschlag, eine Umfrage unter den Anwohnern durchführen zu lassen, da er befürchte, dass die Verkehrsberuhigung nur von einigen wenigen Anwohnern gewünscht sei.

Beig. Dr. Helvogt begrüßte die Maßnahme, weil sich so die Gemüter beruhigen können und Ruhe einkehre.

Ratsfr. Kämna gab zu bedenken, dass die Pflanzkübel auch Gefahren bergen. Kinder und Tiere würden erst zu spät gesehen. Sie sprach sich für Piktogramme und häufigere Radarkontrollen aus.

Bgm. Schwenke gab noch den Hinweis, dass viele Maßnahmen aufgeführt waren. Piktogramme seien eine Möglichkeit, Haltelinien für die Rechts-vor-Links-Regelungen eine andere.

Ratsh.Scholz bekräftigte, dass man den Bürgern folgen und es auf einen Versuch ankommen lassen solle und schauen müsse, ob es funktioniert.

Ratsfr. Faouzi erklärte, dass man nach einem Jahr der Einführung das Thema noch einmal auf die Tagesordnung setzen könne, um zu schauen, ob es funktioniere.

**Sodann ließ Ratsvors. Bohling über den Tagesordnungspunkt abstimmen.**

**Zur Verkehrsberuhigung werden in der Straße, Am Bahnhof Pflanzkübel aufgestellt.**

\*Anmerkung der Verwaltung: Piktogramme werden im Rahmen der jährlichen Verbesserung der Verkehrssicherheit aufgebracht.

Fraktion/Gruppe	Mitglieder Insgesamt/anwesend		Ja	Nein	Enthaltung
SPD-Fraktion	5	5		5	
UWG-Fraktion	5	4	4		
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	5		
CDU/FDP-Gruppe	7	6	5	1	
Die Worsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	17	6	

**AE: 17 Ja-Stimm(en), 6 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

**14. Grundsteuerreform; Festsetzung der Hebesätze zur Grundsteuer A und B ab 01.01.2025**

24/104

VA Kehlert erläuterte, dass für die Grundsteuerreform neue Hebesätze beschlossen werden müssen. Die alten Werte verlören ihre Gültigkeit und die Messbeträge, die in den Bescheiden des Finanzamtes stehen, seien dann hinfällig. Diese wurden neu bewertet und vom Finanzamt über die Software Elster übermittelt. Mittlerweile seien 90 Prozent aller Fälle eingearbeitet. Es werde nach Versand der Bescheide noch mit Änderungen gerechnet. Die Grundsteuerbescheide werden nach dem Jahreswechsel versandt und die erste Fälligkeit ist am 15.02.2025.

Folgende Hebesätze haben sich aus der Auswertung der Finanzsoftware ergeben:

Grundsteuer A = 435 %

Grundsteuer B = 389%

Beig. Semken erklärte, dass es durch die unterschiedlichen Messbeträge zu dem einen oder anderen Härtefall kommen könne. Ob diese Lösung nun gerechter sei, sei abzuwarten. Worpswede bleibe, so wie es mit den Bürgern kommuniziert wurde, aufkommensneutral.

Beig. Uphoff stimmte dem Beig. Semken zu und glaubte schon, dass diese Reform deutlich mehr Gerechtigkeit bringe. Aus seiner Sicht, sei die Reform schon seit 20 Jahren überfällig.

Beig. Dr. Helvogt wundere sich, dass die Gemeinde Ihre Sätze so deutlich senke, im Vergleich zur Gemeinde Lilienthal. Grundsätzlich sei sie jedoch froh, die Reform nun zu beschließen.

Stellv. Bgm. Pankoke stimmte seinen Vorrednern zu und ergänzte, dass man nach anfänglichen Unsicherheiten nun soweit sei und die Grundsteuerreform umsetze und in einem halben Jahr schaue, ob man alles richtig gemacht habe und ob eventuell eine Korrektur nötig sei.

Ratsh. Böttjer erklärte, dass die Reform ein Stück weit mehr Gerechtigkeit bringe. Der Gemeinde Worpswede sei jahrelang vorgeworfen worden, dass sie einen der höchsten Hebesätze in ganz Niedersachsen habe. Jetzt rutsche man deutlich ins Mittelfeld oder eher untere Mittelfeld ab.

**Ratsvors. Bohling ließ darüber wie folgt abstimmen:**

**Die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung) in der Gemeinde Worpswede wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.**

**AE: 23 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

15. Fremdenverkehrsbeitrag/Tourismusbeitrag;  
Beschlussfassung zum Antrag über die Weiterführung des Beitrages oder Beschlussfassung  
über eine Aufhebungssatzung

24/107

Bgm. Schwenke merkte an, dass die Fremdenverkehrsabgabensatzung im Jahr 2003 eingeführt wurde. Im Jahr 2017 wurde das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz geändert. Diese redaktionellen Änderungen führen dazu, dass die vorhandene Satzung entsprechend angepasst werden muss. Auch der Name des Beitrages habe sich von Fremdenverkehrsbeitrag auf Tourismusbeitrag geändert. Beitragssatz und Abrechnungsmodalitäten verändern sich hier ausdrücklich nicht. Mit dem Beschluss des Gemeinderates am 01.10. wurde der Antrag gestellt, den Tourismusbeitrag abzuschaffen. Die dafür notwendige Aufhebungssatzung wurde hierfür erstellt und auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Zudem gibt es einen gemeinsamen Antrag der Fraktion „Die Worpsweder“, der SPD-Fraktion und der Gruppe Bündnis 90/ DIE GRÜNE/ DIE LINKE über die Einführung der Tourismusbeitragssatzung zum 01.01.2025.

Der Verwaltungsausschuss hat sich mit dem Thema befasst und die Empfehlung gegeben, die Tourismusbeitragssatzung samt Anlage Branchenverzeichnis zum 01.01.2025 einzuführen.

Beig. Semken erklärte, dass die Einführung des Gästebeitrags eine andere Finanzierungsform bilde. Er glaube, dass es nach wie vor wichtig sei, sich nochmal damit zu beschäftigen, ob denn die Fremdenverkehrsbeitragssatzung oder der Gästebeitrag das beste Mittel der Wahl seien. Seine Fraktion habe eine Umfrage im Ort gestartet, mit 200 Unterschriften. Überwiegend mittelständige Betriebe haben sich hierzu geäußert, dass sie die Fremdenverkehrsabgabe abgeschafft haben wollten. Was unterschätzt werde, sei die Bereitschaft vom Betrieb, den Betriebssitz in eine andere Gemeinde zu verlagern, in der kein Fremdenverkehrsbeitrag gezahlt werden müsse. Es gebe auch Unternehmen, die nachweislich keine Beiträge zahlen müssten und er verlange eine schriftliche Stellungnahme von der Verwaltung, warum das so sei.

Beig. Dr. Helvogt erläuterte die Motivation ihrer Fraktion zu dem Antrag. Man meine, dass es ein Fehler sei, die Fremdenverkehrsabgabe abzuschaffen und man teile auch die rechtlichen Bedenken des Bürgermeisters dazu. Jedoch sei es so, dass bei der letzten Ratssitzung nicht die echten Mehrheitsverhältnisse abgebildet worden seien und eine so schwerwiegende und weitreichende Entscheidung, könne man nicht an so einem Abend treffen, an dem so viele Leute fehlten. Der Gästebeitrag solle zudem zusätzliches Geld bringen. Für den überwiegenden Teil der Betriebe sei der Abgabebetrag nicht besonders hoch und die Betriebe profitieren vom Tourismus, von der Arbeit der WTG, deren Arbeit, die man gerade eben in dieser Sitzung gelobt habe und deswegen halte sie die Abschaffung für einen Fehler.

Ratsfr. Weichberger erklärte, dass es der Verwaltung gelungen sei, eine gute Lösung zu finden und nun wolle man ihn doch abschaffen, was unverantwortlich sei. Insbesondere bei der Tatsache, dass die Gemeinde Geld benötige.

Stellv. Bgm. Pankoke erinnerte, dass man schon im Jahr 2020 über die Fremdenverkehrsabgabe nicht nur in der CDU, sondern auch mit dem Bürgermeister diskutiert habe. Der Bürgermeister habe im Juni 2020 schriftlich mitgeteilt, dass er die Fremdenverkehrsabgabe in seiner jetzigen Art, für ungerecht halte und eine Finanzierung über den Gästebeitrag gerechter sei. Die Kommunalaufsicht habe 2020 schon mitgeteilt, dass angesichts der Finanzlage beim Wegfall der Fremdenverkehrsabgabe, eine entsprechende Gegenfinanzierung dargestellt werden müsse. Die Fremdenverkehrsabgabe stand im

# worps<sup>^</sup>wede die gemeinde

## Der Bürgermeister

Haushalt mit 75.000 €, der Gästebeitrag im Ursprung mit 50.000 €. Das gebe in Summe 115.000 €. Nach erneuter Kontrolle und Nachberechnung mit dem Beitrag von 2,40 € komme man jetzt auf eine Summe von 180.000 €. Das seien 75.000 € mehr, wie ursprünglich im Haushalt geplant. Also habe man das gut gegenfinanziert, was die Kommunalaufsicht auch gefordert habe. Es bestehe die Möglichkeit gegen den Beschluss, den man heute fasse, zu klagen. Denn man müsse vorher erst alle anderen Möglichkeiten der Finanzierung für die WTG ausschöpfen, bevor man eine weitere Tourismusabgabe mit dem Gästebeitrag verknüpfe.

Ratsfr. Teege erklärte, dass hier die Gegenfinanzierung bzw. Gegenüberstellung von zwei unterschiedlichen Dingen nicht ihrer Logik entspreche. Man spräche von einem Gästebeitrag für die Touristen und man spreche von einer Tourismusabgabe, die von ortsansässigen Betrieben finanziert werde, die von den Touristen profitieren. Einzelhandelsunternehmen im Lebensmittelbereich, die erheblich von den Besuchern profitieren, können nicht über den Gästebeitrag zur Kasse gebeten werden.

Beig. Uphoff erklärte, dass man lange für die Fremdenverkehrsabgabe gekämpft habe und die Vermischung mit dem Gästebeitrag völlig falsch sei. Man habe eben einstimmig beschlossen, 70.000 € mehr an die WTG zu zahlen und dafür schaffe man eine andere Einnahmequelle ab. Das passe nicht zusammen. Seine Fraktion werde sich dafür aussprechen, den Tourismusbeitrag zu beschließen.

Ratsh. Schwenke mahnte an, dass Demokratie manchmal wehtue. In der letzten Ratssitzung waren die Mehrheitsverhältnisse nicht gegeben. Für Unternehmen sei es eine Belastung, aber als Gemeinde Worpswede müsse man einen Haushalt aufstellen. Wenn diesem Beschluss nicht zugestimmt werde, kann die Gemeinde keinen Haushalt aufstellen, dem die Kommunalaufsicht zustimme.

**Ratsvors. Bohling ließ über den Tagesordnungspunkt 15 abstimmen.**

**Die Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Gemeinde Worpswede**

**(Tourismusbeitragssatzung) wird samt Anlage ‚Branchenverzeichnis‘ beschlossen und tritt zum 01.01.2025 in Kraft.**

Fraktion/Gruppe	Mitglieder Insgesamt/anwesend		Ja	Nein	Enthaltung
SPD-Fraktion	5	5	5		
UWG-Fraktion	5	4		4	
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	5		
CDU/FDP-Gruppe	7	6		6	
Die Worpsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	13	10	

**AE: 13 Ja-Stimm(en), 10 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

16. Haushalt 2025 - Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes

24/105

VA Kehlert erläuterte, dass das Haushaltssicherungskonzept bis zum Finanzausschuss vier Maßnahmen hervorgebracht habe. Man sei mit der Ideenentwicklung ziemlich am Ende. Eine Idee kam noch durch die CDU-Fraktion hinzu. Durch die Nutzung der Grundschule Worpswede, die Einsparungen der Miete *Am Hörenberg* und Einsparungen durch einen nicht durchgeführten Anbau darstellen. Weitere Maßnahmen die Überarbeitung der Verwaltungskostensatzung, eine 3%-Kürzung im Ergebnishaushalt, eine Überarbeitung der Gebührensatzung im Hallenbad und einen Prüfauftrag zum weiteren Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit.

Bgm. Schwenke ergänzte im Vorfeld, dass das Haushaltssicherungskonzept schon immer eine schwierige Angelegenheit für die Gemeinde gewesen sei. Dieses Haushaltssicherungskonzept sei in den Kommunen in Niedersachsen derzeit nicht vorgeschrieben, jedoch erwarte die Kommunalaufsicht ein solches, um den Haushalt zu entlasten.

Beig. Semken erklärte, dass, wenn ein solches Konzept erstellt wird, es auch umgesetzt werde. In der Vorlage befinden sich Maßnahmen, deren Umsetzung nicht erfolgt sei. Seine Fraktion habe sich dazu entschlossen, diesem Konzept nicht zuzustimmen.

Ratsh. Rugen erklärte, dass der Gemeinde unterstellt werde, dass sie nicht alle Einnahmequellen ausschöpfen würden. Er sei der Überzeugung, dass die Verwaltung einen vernünftigen und einen stabilen Haushalt auf die Beine stellt.

Stellv. Bgm. Pankoke erinnerte, dass Frau Kehlert zur heutigen Sitzung Gründe vortragen wollte, warum Maßnahmen nicht umgesetzt wurden. Er merkte an, dass das Amtsblatt noch nicht eingeführt sei. Er habe erfahren, dass eine andere Gemeinde die Einführung eines Amtsblattes innerhalb von sechs Wochen geschafft habe. Er wünsche sich eine regelmäßige Unterrichtung der Ratsmitglieder, in wie weit Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes umgesetzt seien.

Beig. Uphoff erklärte, dass hier nichts dagegenspreche dem zuzustimmen, was in der Vergangenheit auch schon anders aussah.

VA Kehlert informierte, dass sie aus der Abteilung, in der Maßnahmen nicht umgesetzt wurden, noch keine Rückmeldung, aufgrund von Krankheit, erhalten habe. Dies werde schnellstmöglich nachgereicht. Man könne einrichten, dass in den Sitzungen des Finanzausschusses, ein Tätigkeitsbericht über die Sachlage des Haushaltssicherungskonzeptes eingerichtet und dort regelmäßig berichtet wird.

**Ratsvors. Bohling ließ über den Tagesordnungspunkt abstimmen.**

- a) **Der Bericht über die Haushaltssicherungsmaßnahmen der Jahre 2020-2024 wird zur Kenntnis genommen.**

**AE: 23 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

- b) **Die Neuaufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes 2025 wird mit allen Änderungen beschlossen.**

Der Bürgermeister

Fraktion/Gruppe	Mitglieder		Ja	Nein	Enthaltung
	Insgesamt	anwesend			
SPD-Fraktion	5	5	5		
UWG-Fraktion	5	4		4	
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	4	1	
CDU/FDP-Gruppe	7	6	1	5	
Die Worsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	13	10	

**AE: 13 Ja-Stimm(en), 10 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

**17. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025**

24/106

VA Kehlert berichtete, das Jahr 2025, mit einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 6,7 Mio Euro beim Landkreis eingereicht werde. Im Finanzhaushalt entstehe ein Defizit in Höhe von minus 5,9 Millionen einreichen und wir haben Investitionsbedarf, also einen Kreditbedarf in Höhe von 4,2 Mio Euro. Die Auflage, die in den vorherigen Genehmigungen des Haushalts enthalten sei, werde nicht erfüllt. Die Auflage unterschreite man derzeit in Höhe von 3,4 Mio.

Im Gespräch mit der Kommunalaufsicht wurde entgegengebracht, dass dieser Haushalt genehmigt werde, aufgrund der schlechten Finanzlage aller Kommunen. Man habe keine weiteren freiwilligen Leistungen in den Haushalt eingebracht, die dazu führen, dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig sei.

Stellv. Bgm. Pankoke erklärte, dass der Haushalt nicht gut aussehe, andere Kommunen jedoch noch schlechter dastehen würden. Daher stimme seine Fraktion heute dem Haushalt zu und hoffe, dass man Geld einsparen und vielleicht am Ende nicht ganz so schlecht dastehen werde.

Beig. Uphoff möchte nicht, dass allzu viel Gelder eingespart, sondern dass Projekte umgesetzt und nicht immer verschoben werden.

Beig. Semken erklärte, dass die Sozialleistungen rapide steigen, was nicht mehr aufzufangen sei. Auch der Landkreis habe nun endlich die Probleme der Kommunen verstanden, denn es werden noch viele Kosten auf die Gemeinde zukommen. Er bedankte sich bei der Kämmerei für den zustimmungswürdigen Haushalt. Er mahnte auch an, dass hier die Ehrenämter in der Politik in Gefahr seien, da hier das Gefühl entstehe, dass oben entschieden werde und die Gemeinden nur zahlen müssten. Hier vor Ort halte man das politische System zusammen.

Beig. Dr. Helvogt erklärte, dass die Gemeinde einen enormen Investitionstau in allen gemeindeeigenen Gebäuden habe. Die Kosten für Sanierungen jeglicher Art steigen Jahr für Jahr und man könne solche Maßnahmen nicht im Haushalt unterbringen. Trotzdem stimme ihre Gruppe dem Haushalt zu.

Beig. Rugen werde sich der Zustimmung des Haushaltes enthalten, weil man nur Maßnahmen durchführen könne, die zwingend notwendig seien. Es werde noch viel schlimmer, weil Deutschland sich kriegstüchtig mache und dafür viele Mittel aufgewendet werden müssen.

Ratsh. Scholz war der Meinung, dass man nur ganz kleine Schritte gehen könne, weil keine Mittel für

## Der Bürgermeister

größere Projekte vorhanden seien, dies sei frustrierend.

Bgm. Schwenke appellierte an den Rat, nicht die Lust und die Hoffnung zu verlieren. Eine Finanzierung über Schlüsselzuweisungen und Gewerbesteuer sei in der Gemeinde Worpswede nicht möglich. Der Zensus habe der Gemeinde auch noch 600 Leute weggenommen, sodass wir uns von diesen 10.000 Einwohnern, die wegen der Einwohnerveredelung notwendig seien, wieder entfernen. Gewerbeflächen zu finden sei schwierig. Dies sei schon frustrierend, aber viele Dinge habe man trotzdem auf den Weg gebracht, wie die Grundsteinlegung des Neubaus der Grundschule. Das seien 5,6 Mio Euro, die die Gemeinde in eine Ganztagschule investiere. Man müsse sich zukünftig tatsächlich Gedanken machen, ob man nicht mit anderen Gemeinden enger zusammenarbeiten oder sogar fusionieren müsse, auch wenn es nicht jeder hören möchte.

### Ratsvors. Bohling ließ wie folgt über den Tagesordnungspunkt abstimmen:

- 1. Der Finanzplan 2026-2028 ist dem Rat mit den beschlossenen Änderungen zur Kenntnis zu geben.**

**AE: 23 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 0 Enthaltung(en)**

- 2. Das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2026-2028 mit den sich aus den Beratungen des Haushaltsplanes ergebenden Änderungen wird beschlossen.**

Fraktion/Gruppe	Mitglieder Insgesamt/anwesend		Ja	Nein	Enthaltung
SPD-Fraktion	5	5	5		
UWG-Fraktion	5	4	3		1
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	4		1
CDU/FDP-Gruppe	7	6	6		
Die Worpsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	21		2

**AE: 21 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 2 Enthaltung**

- 3. Die Haushaltssatzung 2025 wird inklusive des Stellenplanes und allen Anlagen mit den Änderungen, die sich aus den Beratungen ergeben haben, beschlossen.**

Fraktion/Gruppe	Mitglieder Insgesamt/anwesend		Ja	Nein	Enthaltung
SPD-Fraktion	5	5	5		
UWG-Fraktion	5	4	3		1
GRÜNE/LINKE-Gruppe	5	5	4		1
CDU/FDP-Gruppe	7	6	6		
Die Worpsweder	2	2	2		
Bürgermeister Schwenke	1	1	1		
	25	23	21		2

**AE: 21 Ja-Stimm(en), 0 Nein-Stimm(en), 2 Enthaltung(en)**

- 18.** Unterbrechung der Sitzung für eine Einwohnerfragestunde;  
anschließend Fortsetzung der Sitzung

**1. Hallenbad**

Herr Götz bedankte sich, dass die Gemeinde den Beschluss zur Planung eines neuen Hallenbades getroffen habe und wollte noch in Erfahrung bringen, wann die Planungen starten.

Ein Bürger erfragte, ob es für die Planungen zeitliche Vorgaben gebe.

Bgm. Schwenke erklärte, dass die Vergabe schon vorbereitet sei, sodass die Planungsleistungen europaweit ausgeschrieben werden können. Anfang des nächsten Jahres werden Gespräche mit dem Ministerium und mit dem Staatssekretär geführt, weil letztendlich alles abhängig davon sei, wie die Finanzierung dargestellt werden könne.

- 19.** Anfragen, Wünsche und Anregungen

**1. Zensus**

Beig. Uphoff wies darauf hin, dass sich die Einwohnerzahl durch den Zensus bundesweit um 1,4 Mio Bürger verringert habe.

**2. Oberflächenentwässerung**

Beig. Semken informierte, dass aus einem Bericht die Frage aufgekommen sei, welche Gemeinden sich mit einem Oberflächenentwässerungskonzept beschäftigen. Was tue die Gemeinde Worpswede dafür?

Bgm. Schwenke informierte, dass man die Anwohner auffordere, die Gräben freizumachen. Im nächsten Jahr werden die Durchlässe überprüft und ggf. freigemacht. Tatsächlich müssen weitere Abflüsse geschaffen werden, was im nächsten Jahr vorbereitet werde. Auch sei ein General-Oberflächen-Entwässerungsplan vorzubereiten.

**3. Silvesterfeuerwerk**

Ratsfr. Bunn bedankte sich, wie auch Ratsfr. Faouzi, für die Erstellung der Verbotszonen für Feuerwerke.

**4. Bürgerenergiegenossenschaften**

Ratsfr. Wetegrove erfragte, wann diese auf den Weg gebracht werde. Laut Aussage des Bürgermeisters sollte das bis zum Ende des letzten Jahres geschehen.

Bgm. Schwenke erklärte, dass von der Volksbank die Satzungen geprüft seien und dann auch beschlossen werden können. Ihm wurde zugesagt, dass die Arbeitsgruppe zusammenkommen müsse, um die letzten textlichen Festsetzungen nochmal zu überprüfen. Die Gemeinde habe die Dächer teilweise untersucht und teilweise müsse noch mal nachgearbeitet werden.

**20. Schließung des öffentlichen Sitzungsteils**

Ratsvors. Bohling bedankte sich bei allen Zuhörern und Rednern und schloss den öffentlichen Teil der Ratssitzung um 21:47 Uhr.